

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erhebt wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Zustellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 14 II
Zernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. 2. Zeile 1 Mr. Aufnahme nur bei vor-
herig. Gebührenzahlung auf Postk. Alfred Riebel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Der Bundesausschuß zur allgemeinen Lage.

Der Ausschuß des DGB. trat am 10. März im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 11. Sitzung zusammen. Neben den Mitteilungen, die wir nachfolgend bringen, stand im Vordergrund die Erörterung über die allgemeine Lage. Veipart erstattete Bericht über den Ausgang der Verhandlungen mit den Unternehmern, mit denen sich der Bundesausschuß auf seiner letzten Tagung beschäftigt hatte.

Mit den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften haben Verhandlungen stattgefunden. Die Spitzenorganisationen kamen zu dem Ergebnis, daß von einem starren Schematismus der Tarifverträge keine Rede sein könne. Die Unternehmer denken bei ihren Beschwerden ja auch gar nicht an die Tarifverträge im allgemeinen, sondern nur an die Lohnabkommen.

Veipart wandte sich dann den Verhandlungen zu, die zu der gemeinsamen Erklärung der Spitzenorganisationen führte, die bei der Besprechung der Gewerkschaften mit Hindenburg dem Reichspräsidenten unterbreitet wurde. Der Reichstanzler Brüning, der bekanntlich an der Unterredung teilnahm, hat erklärt, daß er die Besprechungen mit den Gewerkschaften fortsetzen würde.

Der Bundesausschuß hat sich auch mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm von Hörning beschäftigt. Zu einem Teil deckt sich sein Programm mit längst erhobenen Forderungen der Gewerkschaften. Zum anderen Teil ist es undurchführbar. Die Gewerkschaften können sich daher nicht auf den Boden dieses Programms stellen.

Die Gewerkschaften haben zwar dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung erneut ihre Meinung gesagt, sich entschließen gegen den Lohnabbau gemeldet und die Arbeitszeitverkürzung gefordert. Die Entschlüsse, die der Vorstand dem Ausschuß diesmal vorgelegt hat, bedeuten eine nachdrückliche Beschäftigung der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Schwierigkeiten zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung sind nach Auffassung des Vorstandes keineswegs unüberwindlich. Die Oktoberentscheidung hatte die Arbeitszeitverkürzung nur als Notmaßnahme gefordert. Die neue Entschliegung geht darüber hinaus. Sie legt entscheidendes Gewicht darauf, daß eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht genommen werden müsse, wenn der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wirksam Rechnung getragen werden solle.

Auch gegen den planmäßigen Lohnabbau muß der Bundesausschuß wiederum Stellung nehmen.

Im Zusammenhang damit müssen Verhandlungen des DGB. mit der Internationale der Bergarbeiter erwähnt werden, die sich mit der Arbeitszeitregelung im Bergbau beschäftigen. Was als Ergebnis bei den Gensfer Verhandlungen herauskommen wird, steht dahin. Eine Sonderregelung der Arbeitszeit für die Bergarbeiter, die eine Schichtzeit von mehr als sieben Stunden festlegen würde, würde jedoch dem Gedanken einer weitergehenden Verkürzung der Arbeitszeit Abbruch tun. Die Bergarbeiter müßten daher bei ihrer Forderung nach einer siebenstündigen Arbeitszeit beharren.

In der Aussprache äußerte

Simon Bedenken dagegen, die Arbeitszeitverkürzung zu fordern, ohne daß gleichzeitig der Lohnausgleich gefordert werde. Der Lohnabbau läßt eine andere Lösung nicht als praktisch durchführbar erscheinen. Die Kaufkraft ist erheblich zurückgegangen. Die schlechte Geschäftslage beweist das zur Genüge.

Wels vom Parteivorstand bespricht kurz das Programm von Hörning. Das Programm wird vom

Parteivorstand trotz der Anerkennung des großen und kraftvollen Führers des Reichsbanners in gleicher Weise beurteilt wie vom Bundesvorstand. Wels begrüßt den Schritt, den die Spitzenorganisationen und die Bergarbeiter bei Hindenburg unternommen haben. Ohne Zweifel hat diese unmittelbare Fühlungnahme auf Hindenburg, der sich aufrichtig bemüht hat, ein objektives Bild der Gesamtlage zu gewinnen und die Interessen des Volksganzen Einzelinteressen überzuordnen, einen tiefen Eindruck gemacht. Es ist wichtig, Hindenburg nicht allein den Einflüssen der grünen Front zu überlassen, sondern auch die Auffassung der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft ihm nahezubringen. Redner wies darauf hin, wie stark gerade die kleinen Handels- und Gewerbetreibenden an den Löhnen und Unterstützungen der Arbeiterschaft interessiert sind. Dieser große Kundentanz sichert die Existenz des kleinen Mittelstandes. Es muß immer wieder betont werden, in wie großem Umfange die Interessen beider Volksschichten in gleicher Richtung gehen.

Brandes vom Metallarbeiter-Verband begrüßte gleichfalls die Besprechung mit Hindenburg. Er ging dann auf die Frage der Arbeitszeitverkürzung ein. Die Arbeitszeitverkürzung ist das Primäre. Sie gibt die Möglichkeit, den Lohn zu halten, für dessen Erhöhung die Gewerkschaften sich bei ansteigender Konjunktur mit nachhaltiger Energie einsetzen können.

Kraus schilderte die besonderen Verhältnisse seines Berufes. Auch das graphische Gewerbe ist in den sechsprozentigen Lohnabbau einbezogen worden. Das Ziel der Regierung: keine Senkung der Realöhne wird auch durch eine parallele Preisabbaupolitik nicht erreicht werden.

Schmidt vom Bergarbeiter-Verband erklärte sich einverstanden mit dem Vorschlag des Bundesvorstandes, die Arbeitszeitverkürzung nicht nur als Notmaßnahme, sondern als eine dauernde Regelung durchzuführen.

Von allen Rednern, die an der Aussprache teilnahmen, wurde einmütig die Auffassung vertreten, daß die Gewerkschaften in der heutigen Situation nicht mit der erfolgloseren Kraft vorgehen können, die sie unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen aufbringen könnten. Aber die Rücksichtslosigkeit, mit der die Unternehmer die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft und die selbstverständlich verminderte Kampfkraft der Gewerkschaften ausnützen und das vorhandene Elend steigern, diese brutale Machtpolitik darf und soll ihnen nicht vergessen werden. Die Zeit wird kommen, in denen die Gewerkschaften ihren Gegnern beweisen werden, daß ihr Kampfeswille durch die jegliche Krise sich zwar nicht voll entfalten kann, daß er aber ungebrochen ist und zu gegebener Zeit die ganze Kraft der Organisationen einlegen wird, um das verlorene Gelände wiederzugewinnen.

Veipart geht abschließend auf einige der in der Debatte berührten Punkte ein und erläutert die vorgeschlagenen Änderungen zu den Resolutionen. In der heutigen Zeit ist die Arbeitszeitverkürzung das einzige sofort wirksame Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit.

Nachfolgende Entschlüsse wurden vom Bundesausschuß einstimmig angenommen.

Zur Arbeitszeitfrage.

„Der Bundesausschuß erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamen Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeits-

losen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit größerem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.

Der Bundesausschuß erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1930 die geforderte Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt.

Indem der Bundesausschuß wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Arbeitslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitslosigkeit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.

Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuß schärfsten Protest dagegen, daß bis in die jüngste Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schiedsprüche gefällt und zwangsweise durchgesetzt werden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben.

Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmäßige Arbeitswoche auf 5 Tage oder 40 Stunden beschränkt.“

Zur Lohnfrage.

„Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesagt wurden. Statt der in Aussicht gestellten Belebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftverminderung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.“

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Kriegen- und Wohlfahrtsunterstützung fließen unmittelbar und restlos in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Existenz weiterer Kreise der Handel- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesausschuß erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung, wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterschaft gegenüber dem rückständigen Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.“

Bei den Mitteilungen des Bundesvorstandes wies Leipart auf die nationalsozialistische Propaganda gegen die Kommunisten hin, der die Gewerkschaften in ihrer Presse entschieden entgegenzutreten sollten.

Der Vorstand ist der Meinung, daß an der Arbeitsruhe am 1. Mai festgehalten werden soll, und zwar wie früher überall dort, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist.

Das Zentrum hat den Antrag gestellt, das Berufsausbildungsgezet, das alle Instanzen durchlaufen hat, erneut einzubringen. Auch die Sozialdemokratische Partei wird ihrerseits, einem Wunsch der Gewerkschaften entsprechend, die Verabschiedung des Gesetzes anregen.

Der AFA-Bund hat angeregt, einen gemeinsamen Ausschuß zu bilden, der die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung untersuchen soll. Der Bundesvorstand hat dieser Anregung zugestimmt. Außerdem hat der Bundesvorstand den Kollegen Juristengänger beauftragt, im Zusammenwirken mit den Ortsverwaltungen und Betriebsräten Betriebsbesichtigungen durchzuführen und Untersuchungen über die sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Wirkungen der Rationalisierung vorzunehmen. Die Feststellungen sollen sich zunächst auf Berliner Betriebe beschränken.

Leipart erörterte kurz das Verhältnis der Gewerkschaften zur technischen Nothilfe. Der Bundesvorstand hält es gegenüber Anregungen von anderer Seite für richtig, an der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften festzuhalten und den Beitritt von Mitgliedern zur Technischen Nothilfe nicht zu empfehlen.

An dem Plan einer Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsrätefragen wird festgehalten. — Seit Januar erscheint ein Nachrichtenblatt über Tarif- und Lohnbewegungen.

Leipart kam dann auf die Broschüre der Kommunistischen Partei „Der Arbeitervertreter der Gewerkschaftshonoren“ zu sprechen, gegen deren Verbreitung bekanntlich eine einseitige Verfügung erwirkt worden ist. Das Pamphlet selbst ist so bedeutungslos, wie ähnliche Machwerke gleichen Ursprungs im letzten Jahrzehnt.

Der Vorstand des IOB hat davon abgesehen, die in diesem Jahre geplante Internationale Arbeiterinnenkonferenz abzuhalten. Dagegen sollen bei Gelegenheit der Internationalen Arbeiterkonferenz, die sich mit der Nachtarbeit der Frauen befassen soll, die dort anwesenden Vertreterinnen zu einer Konferenz zusammenzutreten.

Die Tätigkeit des vom IOB eingesetzten Vierländer-Komitees (Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg) muß auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Der Vorstand hat für die Arbeiten dieses Komitees, das wichtige organisatorische Aufgaben durchzuführen hat, wiederum einen Beitrag bewilligt.

Abschließend besprach Leipart die Vorbereitung für den Kongreß in Frankfurt, die sich natürlich mit der Krise und den Wegen zu ihrer Überwindung befassen muß. Die Forderungen, die der Vorstand erheben wird, sollen wiederum in einem Sammelwert.

unter Unterstützung von Sachverständigen, eingehend begründet werden. Das Hauptreferat des Kongresses soll durch diese umfassende Begründung eine wissenschaftlich einwandfreie Grundlage erhalten.

In der Aussprache über den Vorstandsbericht wies Thiemig (Fabrikarbeiter-Verein) auf die großen finanziellen Schwierigkeiten mancher Zahlstellen hin. Die Ortsausschüsse müssen sich da, wo diese Schwierigkeiten bestehen, so weit einschränken, wie die Kräfte es erfordern.

Leipart erwiderte, gemäß müssen die Ortsausschüsse sparen, aber andererseits müssen die Zahlstellen selbstverständlich die Beiträge für ihre Mitglieder zahlen. Die Einrichtungen der heutigen Ortsausschüsse, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, die gemeinsame Einrichtungen sind, dürfen unter keinen Umständen aufgelöst werden.

Simon wies auf die großen Einnahmeausfälle der Zahlstellen wie der Zentralen hin, denen vermehrte Ausgaben gegenüberstehen. Größte Sparsamkeit der Ortsausschüsse sei daher unbedingt erforderlich. Die Unternehmung der Wirkung der Rationalisierung ist sehr zu begrüßen.

Leipart entgegnete: Bezüglich der Beiträge an die Ortsausschüsse muß gelten, daß die Gesamtinteressen mindestens ebenso wichtig sind wie die Verbandsinteressen. Es muß nach geltendem Gewerkschaftsrecht für alle Mitglieder gezahlt werden. Dann können unter Umständen in Notfällen die Beiträge herabgelassen werden.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung wird die Frage der Beziehungen der Gewerkschaften in Memel- und zu den deutschen Gewerkschaften erörtert. Leipart macht Mitteilungen über die Lage und die organisatorischen Verhältnisse der Gewerkschaften des Memellandes. Fast alle dortigen Gewerkschaften haben sich zum Memelländischen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen und bei diesem besteht nun das Bestreben, sich mit den deutschen Gewerkschaften enger zu verbinden. Diesem Wunsch könne dadurch Rechnung getragen werden, daß sich der Memelländische Gewerkschaftsbund dem ADOB anschließt, der Bundesvorstand schlägt vor, daß der Bundesauschuß ihn ermächtigt, mit den memelländischen Gewerkschaften über eine solche Lösung zu verhandeln. Der Bundesauschuß stimmt diesem Vorhange zu.

Leipart berichtet ferner, daß der Bundesvorstand die Veranstaltung des Bauarbeiterkongresses vorschlägt. Die internationale Bauausstellung bietet einen erwünschten Anlaß zu dem Kongreß. Die meisten der beteiligten Verbände haben dem Gedanken bereits zugestimmt. Der Zweck des Kongresses soll sein, die Desorientierung nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Bauarbeiterwesens hinzuweisen.

Zur Debatte kommt dann die Frage des Verhältnisses einiger Verbände des ADOB, die Angehörige zu ihren Mitgliedern zählen, zum AFA-Bund. Diese Verbände haben das Bestreben, für diesen Teil ihrer Mitglieder den Anschluß an den AFA-Bund zu erwerben. Unmittelbar praktische Bedeutung hat die Angelegenheit zunächst für den Gesamtverband. Dem

entsprechenden Antrage des Gesamtverbandes wird zugestimmt. Leipart betonte, daß dieser Beschluß in keiner Weise den Organisationsvertrag zwischen ADOB und AFA-Bund berührt.

Leipart schloß die Sitzung mit einem Hinweis auf die wachsende Not der Massen und die Sorgen der Gewerkschaften. In der schwersten Zeit müssen sich alle tätigen Menschen in der Bewegung ihren ersten Pflichten und der Größe ihre Aufgabe doppelt bewußt sein. Die Gewerkschaften haben trotz allem keinen Haß auf sich zu nehmen und die Schatten der Notlosigkeit auch aus den Reihen der von stärkstem wirtschaftlichem Druck gequälten Arbeiterschaft zu bannen.

Weiterer Aufstieg der Volksfürsorge.

Die wenig erfreulichen wirtschaftlichen Vorgänge im letzten Jahre haben den weiteren Aufstieg unseres gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Versicherungsunternehmens nicht aufhalten können. Das Tempo ist zwar etwas mäßiger geworden, aber mit rund 416 200 neu eingereichten Versicherungsanträgen steht die Volksfürsorge weitaus an der Spitze der Antragsproduktion aller deutschen Lebensversicherungsunternehmen. Insgesamt zählt die Volksfürsorge nach dem Jahresabschluss 1930 einen Bestand von 2,2 Millionen Versicherungen mit 900 Millionen Mark Versicherungssumme. Das Vermögen des Unternehmens ist auf rund 130 Millionen Mark gestiegen. Den Versicherern gehören davon an Prämienreserven und Gewinnanteilen rund 110 Millionen Mark. Auch die Leistungen der Volksfürsorge sind ganz erheblich angewachsen. 1930 zahlte sie für 8139 Versicherungsfälle 3 493 015 Mk. aus. Seit dem Ende der Inflation stieg somit die Summe für Versicherungsleistungen auf rund 11 1/2 Millionen Mark. Vorübergehend sind die Bedingungen für Wiederertragsleistung von Versicherungen zum Vorteil der Versicherer wesentlich verbessert worden. Das ist wichtig, weil leider viele Versicherte die Prämienzahlung einstellen, trotzdem nicht immer wirtschaftliche Notlage dafür bestimmend ist. Es wurden auch die Sonderbedingungen für Unfalltod günstiger gestaltet.

Das Vertrauen der Werttätigen wendet sich in Versicherungsangelegenheiten, wie die obigen Zahlen zum Ausdruck bringen, mehr und mehr unserem Versicherungsunternehmen zu. Jeder gibt es noch die Gewerkschafter, die eine Lebensversicherung für sich und ihre Familienangehörigen für nebenächlich halten oder den bringen notwendigen Versicherungsschutz hinauschieben.

Die Volksfürsorge hat ihre Tarife den Bedürfnissen und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft angepaßt und gibt jedem Gelegenheit, eine Versicherung zum Selbstkostenpreise abzuschließen. Es ist darum zu wünschen, daß alle Gewerkschaftsmittelglieder im neuen Jahre von dieser gemeinnützigen Einrichtung weitestgehend Gebrauch machen und zu den Versicherten der Volksfürsorge gehören.

Krieg!

Eine Dichtung zum Ruhme eines jeden Vaterlandes. Von E. Szynanski.

Es ist gleich, ob es Frankreich, Deutschland, Italien, England oder auch Polen ist.

Es ist gleich, ob es die Waffenmerke Krupp, Stoda, Saint Etienne oder Winchester sind.

Überall, in den Docks, in den Kellern, in Hallen, in Laboratorien, raffeln, brüllen, klirren, wähen die Maschinen, schufeln und springen die Menschen. Hunderttausend Menschen, zweihunderttausend, dreihunderttausend — immer mehr.

Hunderttausend Gewehre, eine Million, zwei Millionen — immer mehr.

Eine Million Kugeln, zwei, hundert Millionen — immer mehr.

Das Orchester spielt die Nationalhymne. Auf, handfestlichen, heil und hoch! Auf der Wale großes Gedränge, Menschen fallen ins Wasser. Hoch! Hoch! Zum Ruhme des polnischen, des deutschen, des französischen oder eines anderen Vaterlandes.

Ein neuer Kreuzer wird ins Wasser gelassen. Zwanzigtausend Tonnen Wasserwerdringung. Dreißig Knoten. (Dummer Alibi! Wisse, daß diese dreißig Knoten nur für dich bestimmt sind, tatsächlich bedeuten sie aber 54 bis 56 Kilometer je Stunde.

Zwölf Kanonen. Schußweite 25 Kilometer. Zwölf Kanonen: 360 Schuß je Stunde. Das aber ist nur die Norm. Ebenlogut können es 400 oder 500 sein.

Damit kann man einen Kreuzer vernichten, der viertausend nur 11 000 Tonnen hat und nur 330 Schuß je Stunde leistet.

Und wenn sie „unseren“ vernichten?

Na! gehalten! Wir bauen einen neuen und um die Hälfte größeren. Mehr Geschütze, mehr Tannen, mehr Kugeln — mehr und immer mehr.

Wie stark ist die Schiffabeschliff? Minimum: 300 Mann, 300 Herzen, 600 Hände. 360 Schuß je Stunde. Ein Torpedo oder 361 Schüsse eines anderen Kreuzers: schon sind die 300 Herzen, die 600 Hände, der Kreuzer vernichtet. Je nun: wir bauen einen zweiten Kreuzer. Wir legen mehr Kanonen, mehr Torpedos, mehr Menschen ein. Tausend, zweitausend, sechstauesend — mehr, immer mehr.

Im Institut für chemische Verteidigung. Unbefugten Zutritt verboten. An jeder Tür steht ein Posten mit Bajonett und schargeladenem Gewehr. Wähen. Präsentiert das Gewehr!

Gas. Bewißt. Iperit, Phosgen, Chlor. Ein Duft — hehe! Von diesem Duft verrotten die Blume, sterben die Vögel — und die Menschen sterben wie Fliegen.

In dieser Flasche ist der Tod für eine Million Menschen verortet — in jenen für hunderttausend.

Diese Flasche dient der plötzlichen, jene der langsamen Erstüfung.

Aber das ist noch wenig. Es muß ein Gas erfunden werden, das wie ein Sturm rast, wie ein Blitz tötet, niemand durchschlüpfen läßt — kein Kind, keine Frau, keinen Vogel, keinen Schmetterling. Vernichten — vernichten — vernichten...

Wir Deutsche müssen ein wirksameres Gas haben als die Franzosen. Wir Franzosen müssen ein Gas fabrizieren, dem keine deutsche Gasmaske widersteht. Wir Engländer müssen ein Gas erfinden, das jedes deutsche oder französische Gas an Fruchtbarkeit übertrifft. Wir Polen, wir Amerikaner, wir Italiener — wir, wir, wir!

Der Staatshaushalt bestimmt eine Milliarde für die Arme. Seht — auf der anderen Seite der Grenze gibt man 1 1/2 Milliarde aus! Zwei Mi-

llarden für Militärzwecke. Seht — dort sind es schon 2 1/2! Drei... vier...

Mehr — immer mehr!

Zweihunderttausend Arbeitslose. Drüben hinter der Grenze ist es schon eine halbe — nein, eine ganze Million. Zwei Millionen — und hinter dem Meer noch mehr.

Keine Arbeit, denn es fehlt an Geld. Es ist kein Geld da, um Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser zu bauen. Es ist kein Geld da, um Schuhe, Kleidung und Brot zu kaufen. Deshalb werden auch weniger Schuhe, weniger Kleider genäht. Deshalb ist das Brot immer teurer. Nur die Polizei vermehrt sich, das Militär, die Kugeln, die Kreuzer, das Gas.

Dazu Entlassungen — Entlassungen — Entlassungen.

Ein Gewehr kostet zwanzig Dollar, eine Kanonenkugel zehn, eine Flasche Giftgas hundert, ein Geschütz tausend, ein Flugzeug zehntausend, ein Kreuzer eine Million.

Dummkopf! Wenn schon immer mehr Kugeln und Kanonen und Flugzeuge und Kriegsschiffe gebaut werden, dann ist es klar, daß für Schulen und Häuser und Brot kein Geld vorhanden ist. Geld gibt es immer weniger, immer weniger — Kugeln und Kanonen immer mehr, immer mehr.

Bürger! Wir und jene, und die hinter dem Meer, und die von hüben und drüben haben genug Kanonen, vielwiel der Kugeln, der Gase, der Kriegsschiffe. Vielwiel arbeitslose, hungriqe, krumps, obdachlose Menschen. Darum ist es die höchste Zeit, einen neuen Krieg vom Zaun zu brechen. Zum Ruhme des französischen, des deutschen, des italienischen oder eines anderen Vaterlandes...

(Deutsch von Victor Kassinow)

Die neuen Hauszinssteuer Richtlinien.

Das oben erschienene Heft 5 der „Sozialen Bauwirtschaft“ enthält die neuen für Preußen gültigen Hauszinssteuer Richtlinien im Wortlaut und auszugswiese die Bayern, Baden und Hamburg betreffenden Richtlinien.

In Anpassung an die Reichsgrundzüge vom 10. Januar 1931 werden die Hauszinssteuerhypotheken in Preußen, die bisher zwischen 3000 und 5000 Mt. schwankten, in Zukunft nur 2000 bis höchstens 4000 Mt. betragen. Der demnach von 4000 auf 3000 Mt. gesunkene Durchschnittssatz kann unter bestimmten Voraussetzungen erhöht werden. Die Zinsen von 3 Proz., zu denen 1 Proz. für die Tilgung treten, können auf Antrag des Bauherrn auf 1 Proz. ermäßigt werden, falls sich eine höhere Miete als für entsprechende Altwohnungen ergeben sollte.

Bauherren, die an Stelle von Hauszinssteuerhypotheken auf dem Kapitalmarkt Darlehen zu höheren Zinssätzen aufnehmen, oder die das Baugeld aus eigenen Mitteln aufbringen, können aus Mitteln der Hauszinssteuer Zinszuschüsse als Ausgleich für die höheren Zinsen erhalten. Der Zinszuschuß darf den durchschnittlichen Jahresbetrag von 250 Mt. je Wohnung nicht übersteigen, wenn keine Hauszinssteuerhypothek in Anspruch genommen wird. Bei teilweiser Inanspruchnahme ist ein entsprechend geringerer Betrag zu gewähren. Erhöhung auf 300 Mt. ist in bestimmten Ausnahmefällen zulässig. Die Regierungspräsidenten sind in Zukunft berechtigt, die Bewilligung von Hauszinssteuerhypotheken und Zinszuschüssen zu untersagen. Besondere Richtlinien für Gemeinden und Gemeindeverbände unterliegen ihrer Genehmigung.

Wichtig sind die den Reichsgrundzügen entsprechenden Bestimmungen über die Bevorzugung des Flachbaus, die Berechnung der Aufschließungsgebühren zu den Selbstkosten und die Vergütung und Ausführung der Bauten, nach denen sowohl auswärtige Bauunternehmer als auch auswärtige Bauarbeiter nicht ausgeschlossen werden dürfen. Die Wohnfläche der Wohnungen soll 32 bis 45 Quadratmeter, für kinderreiche Familien 60 Quadratmeter nicht übersteigen. Die Mieten sollen zwischen 20 und 40 Mt. je Wohnung liegen. Die Richtlinien für Baden und Bayern sind ähnlich.

Ein weiterer Aufsatz des Genossen Victor Noack betrifft das von der SPD. eingebrachte Wohnheim-Gesetz, durch das die Gemeinden zur Bodenwirtschaft verpflichtet werden sollen, um Gelände für Wohnheimstätten und andere gemeinnützige Zwecke unter Ausschaltung der Bodenpekulation zur Verfügung stellen zu können. Besonders wichtig sind in diesem Gesetzentwurf die Bestimmungen über die Enteignung und Entschädigung.

Die Bauhütten in Altschaffenburg, Elbing, Kiel und Sandberg a. d. B. konnten ihr zehnjähriges Bestehen feiern.

Die Beschäftigtenstatistik des Verbandes sozialer Baubetriebe für den Monat Januar 1931 enthält jetzt auch die von den sozialen Baubetrieben gezahlten Lohnsummen, weil infolge teilweiser Arbeitsunterbrechungen die bloße Gegenüberstellung der Beschäftigtenzahlen kein richtiges Bild mehr gibt. Im Januar 1931 waren in 130 Betrieben 9719, im Durchschnitt 75 Arbeiter und Angestellte tätig. Die im diesem Monat gezahlte Lohnsumme betrug 1 528 651,90 Mt. Im Monat Januar 1930 wurden in 131 Betrieben 12 857, im Durchschnitt 91 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die Lohnsumme betrug 2 509 614,66 Mt. Während die Zahl der Beschäftigten demnach um 25,8 Proz. zurückging, ist die Lohnsumme um 39,1 Proz. gestiegen.

Weitere Berichte betreffen die in der Gehag-Ausstellung gehaltenen Vorträge des Ministerialdirektors Hermann Meyer und des Prof. Bruno Taut, die Zusammenbrüche einiger großer Bauformen und den leidigen, die Bauzeitigkeit hemmenden Behördenbucan.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Offenbach a. M. Es ist eine alte Erfahrungstatsache, daß im gleichen Maße, wie die Beschäftigung unserer Kollegen zurückgeht, die Arbeit der Gesamtorganisation und die Verwaltungsarbeit wächst. Die angeklagten Kämpfe in Bezug auf Tarifabschluß und Lohnabkommen sind nicht ausgeblieben und haben die Organisation gezwungen, loszulassen einen Tarifkampf in Bernau anzuführen. Erst nach neun Monaten, im Dezember 1930, wurde der Mantelvertrag zum Abschluß gebracht, worüber wir eingehend berichteten.

Die phantastischen Zahlen der Erwerbslosen in Deutschland, wie sie das Jahr 1930 registrieren, müßte widerspiegeln sich auch in unserer Organisation. Schon im Vorjahre war der Monatsdurchschnitt gegenüber dem Jahre 1928 gewaltig gestiegen und betrug 1928 325, im vergangenen Jahre dage-

gen 1193 bei einer Gesamtmitgliedszahl von 3333. Auf die Monate verteilt ergibt sich folgendes:

Table with columns: Arbeitslose, 1930, 1929, and months (Januar, März, Juni, September, Oktober, November, Dezember).

Diese Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit nicht etwa den schlechten Geschäftsgang in der Lederwarenindustrie, sondern den Widerstand unserer Produktionsmethode. Denn die Gesamtproduktion an Ledermänteln hat sich für das Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr im Offenbacher Gebiet nicht gesenkt, sondern wesentlich erhöht. Die Auswirkungen der Rationalisierung, die Technisierung auch unseres Berufsweises und die hemmungslose Ausnutzung der Heimindustrie sind die Ursachen dieser Erwerbslosenzahlen, die eine Parallele finden in den Ziffern der Kurzarbeiter. Im Jahre 1928 betrug die Durchschnittskurzarbeiterzahl 565, 1929 stieg diese Zahl um etwa 80 Proz. auf etwas über 1000. Im Berichtsjahr betrug der Durchschnitt an Kurzarbeiter 1442, die sich auf die Monate wie folgt verteilen:

Table with columns: 1930, 1929, and months (Januar, März, Juni, September, Oktober, November, Dezember).

Angeichts dieser katastrophalen Zahlen erscheint die Forderung des ADGB. auf Durchführung der 40 stündigen Arbeitswoche als ein dringendes Gebot. Für die Verwaltung bedeuten die Erwerbslosen- und Kurzarbeiterzahlen eine Häufung von Kleinarbeit und betrieblichen Verhandlungen. Einen besonderen Einfluß üben sie aber aus auf die Kassenverhältnisse der Organisation. Die Gesamteinnahmen der Organisation betragen im Berichtsjahr 113 209,60 Mt. für die Hauptkasse, wovon allein an Kranken- und Arbeitslosenunterstützung 72 557,— Mt., an Invalidenunterstützung 4828,65 Mt., an Weihnachtunterstützung 7994,55 Mt. und an Sterbe-, Streit- und Reiseunterstützung 2128,10 Mt. an die Mitgliedschaft zur Auszahlung gelangten. Rechnet man die Verwaltungsausgaben hinzu, so erlaubt sich ein Zuschuß der Hauptkasse von nahezu 5000 Mt. Diese Zahlen mögen sich hauptsächlich die Mitglieder zu Gemüte führen, die nicht oft genug auf den Verband als Beitrag freisendes Reptil schimpfen. Gerade in den Krisenzeiten ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Organisation eine Grundbedingung zur Aufrechterhaltung unserer Schlagfertigkeit. Trotz aller Schwierigkeiten konnte die Volkstafel einen Ueberschuß von über 4000 Mt. für das abgelaufene Jahr verbuchen, so daß zurzeit (31. Dezember 1930) ein Volkstafelbestand von 37 777,83 Mt. besteht. Die Beitragsleistung der Mitgliedschaft ergibt folgendes Bild:

Im Jahre 1929 wurden insgesamt 136 128, das sind pro Mitglied 85,7 Beiträge, geleistet. Der katastrophale Abbruch durch Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit bringt ein Weniger von 80 249 Beiträgen, das sind pro Mitglied 81,5. Gemessen an dem Gesamtbild kann man ohne Beschönigung zu der Feststellung kommen, daß auch im abgelaufenen Jahr die Grundlagen unserer Organisation, das ist die Kassenbarung, unerschütterlich geblieben sind dank der hingebungsvollen Mitarbeit der vielen ehrenamtlichen Funktionäre für den Verband.

Großer Wert wird auch auf die Heranbildung von Mitarbeitern gelegt, da in der Lederwarenindustrie Offenbach neben einigen großen Betrieben viele Klein- und Landbetriebe vorhanden sind, die für die Funktionäre ein ständig zu besuchendes Arbeitsfeld bilden und reichlich Arbeit verursachen. Der Vertrauensmännerapparat des Verbandes hat allen Wirtschaftsschlägen gegenüber im vergangenen Jahr standgehalten. Eine besondere Leistung, wenn berücksichtigt wird, daß die Ledermäntelfabrikanten bei teilweisen Betriebsstillegungen vor unseren Betriebsräten und Vertrauensleuten nicht halt machten, sondern dieselben womöglich als erste aus dem Betrieb hinauszuwandern versuchten. Der Kampf der U. Krumm AG. gegen den Betriebsratsvorsitzenden H. Wudschel ist ein sprechendes Beispiel dafür. Allen Schikanen zum Trotz steht der Funktionärapparat unserer Organisation fest. Ohne diesen Apparat wäre es der Organisation unmöglich gewesen, die geleistete Arbeit zu vollbringen. Eine Konferenz sämtlicher Verbandsfunktionäre fand gegen Ende des Jahres statt.

Durch den Beschluß des erweiterten Zentralvorstandes konnte eine umfassende Weihnachtshilfe an unsere erwerbslosen und ausgesetzten Mitglieder ausgerichtet werden. Rund 8000 Mt. kamen auf die Offenbacher Verwaltungsstelle. Von einer Unterstützung aus lokalen Mitteln wurde Abstand genommen, weil die Ortsverwaltung im abgelaufenen Jahr wie in kommenden Jahr in allen Fällen, wo durch besondere Notlage Kollegen in schwierige Situationen kommen, Hilfe zu leisten beabsichtigt. Man mag zu den Unterstützungsleistungen der Gewerkschaften grundsätzlich stehen wie man will, die durch den sozialistischen Zusammenhalt der Gesamtmitgliedschaft

mögliche finanzielle Leistungskraft der Organisation ist ein Faktor, der in Krisenzeiten nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Auch finanziell manifestiert es sich, die Gewerkschaften sind Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck.

Die sonstigen Sitzungen und Versammlungen verteilten sich wie folgt: Ortsverwaltungsitzungen 23, Vertrauensmänneritzungen 10, Funktionärkonferenzen 4, Betriebsversammlungen 55, Landerversammlungen 19, Mitgliederversammlungen 3, Kulturveranstaltungen 5.

Klagen wurden eingereicht: Arbeitsgericht Offenbach 158, Landesarbeitsgericht 3, Einigungsstelle 25, vor dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes 74. Durch die Klagen vor dem genannten Instanzenweg wurden 16 230 Mt. für die Kollegen erzielt. Die jahrelange Erwerbslosigkeit vieler guter Kollegen, die Aussichtslosigkeit in absehbarer Zeit wieder im Beruf unterzukommen, läßt eine Abwanderungstendenz in Erscheinung treten, die sachlich gerechtfertigt erscheint und von der Organisation durch Werbung neuer Mitglieder ausgeglichen werden muß. Im abgelaufenen Jahr ist es leider nur gelungen, 239 neue Mitglieder der Organisation zuzuführen, während wir einen Abgang von 599 Mitgliedern zu verzeichnen haben. Dabei steht fest, daß die Organisation in keinem Jahr so nachhaltig und hartnäckig an die Werbung gegangen ist. Die sieben durchgeführten großen Hausaktionen eraben, trotzdem die besten Kollegen sich zur Verfügung stellen, ein klägliches Resultat. Die allgemeine Depression, die finanziellen Schwierigkeiten so vieler Arbeiterfamilien lassen die Agitation erfolglos bleiben. Man scheut den Beitrag und die moralischen Bindungen, die die Organisation all ihren Mitgliedern in Bezug auf Wahrung der tariflichen Erwerbungsansprüche auferlegt.

Auf ganz besondere Schwierigkeiten stoßen unsere Werber bei der Hausagitation unter den Heimarbeitern. Obwohl diese Kategorie am schwersten unter der Wülfur der Unternehmer zu leiden hat. Während sie den Verbandsbeitrag der Organisation von wöchentlich 1,60 Mt. scheuen und ihn für untragbar erklären, sind die Verluste, die sie wöchentlich wegen untertariflicher Entlohnung erleiden, nicht selten auf 80 Mt. wöchentlich zu veranschlagen. Diese Kategorie scheint unbelehrbar.

Mit Beginn der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und dem politischen Druck auf die Krisen in der Arbeiterklasse lebte ein zäher Kleinkampf um die Erhaltung des Lohnes in den einzelnen Betrieben ein, der, das kann man wohl behaupten, noch nicht abgeschlossen ist und die Organisation eine Menge Arbeit und Schwierigkeiten brachte. Seltenweise gingen die Fabrikanten dazu über, die Leistungszulagen zu kündigen und die Lohnverhältnisse über dem Tariflohn individuell neu zu regeln. Leider wurde oft festgestellt, daß die Kollegen im Betrieb unter vollständiger Vertemung der wirklichen Verhältnisse zu privaten Abmachungen bereit waren, bevor die Organisation ihr Veto einlegen konnte. Sie haben damit den Lohnsenkungsabsichten der Unternehmer den wirksamsten Dienst geleistet. In sehr vielen Fällen gelang es der Verbandsleitung aber trotzdem, wirksam einzugreifen.

Mit der fortschreitenden sozialpolitischen Reaktion mußte besonders unter Berücksichtigung der riesigen Zahlen von Erwerbslosen und Kurzarbeitern in unserem Beruf die Organisation weitestgehend sozialpolitische Hilfsstellen einleiten. Es kann jedenfalls ohne Uebertreibung festgesetzt werden, daß die Zahl derer, die in irgendeinem Interesse Rat und Hilfe bei den in Frage kommenden Kollegen gesucht haben, in die Tausende geht.

Die Kulturveranstaltungen, die im Jahre 1929 für die Mitglieder und Angehörigen unserer Organisation eingeführt wurden und im Vorjahre einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen hatten, konnten auch im Jahre 1930 mit gleichem Erfolg weiter und zur Zufriedenheit der Teilnehmer durchgeführt werden.

In der örtlichen Jugendbewegung ist eine erfreuliche Aufwärtsbewegung zu konstatieren. Es ist gelungen, „die lebendige, begeisterte Mitarbeit der Jugendlichen selbst“ wahrzunehmen und so die Grundlagen für eine gute Werberarbeit unter der Jugend zu legen. Der mit der Jugendleitung beauftragte Kollege Albert Schöfer, der den Jugendleiterkursus in Bernau absolvierte, hat an dieser Aufwärtsentwicklung seinen Anteil. Die Jugendgruppe, die in selbstständigen Veranstaltungen auftritt, weist bei Jugendabenden einen häufigen Besuch von 40 bis 50 Jugendlichen auf. Bei Veranstaltungen größerer Art wurden bis 200 Jugendliche gezählt.

Ortsverwaltung und Verbandsleitung in Verbindung mit den Funktionären werden auch im kommenden Jahr die Werberarbeit nicht einstellen. Wenn die beruflichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht gar zu trostlos sein werden, wird in diesem Jahr die Scharte ausgeweitet werden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Cederwarenbranche.

Bezirk Baden. Durch Vereinbarung wurde der Mindestlohn für die Zeit vom 1. März 1931 bis zum 31. August 1931 auf 87 Pf. festgesetzt.

Tapezierer.

Leipzig. Vom 8. März 1931 bis 31. August 1931 beträgt der Tariflohn 1,16 Mk.

Thüringen. Ab 1. März 1931 bis 30. April 1931 beträgt der Mindestlohn in der Ortsklasse B 1,01 Mk. und in der Ortsklasse C 96 Pf. Ab 1. Mai 1931 wird der Lohn in beiden Klassen um je 2 Pf. herabgesetzt. Laufdauer bis zum 30. September 1931. Der Lohn in der Ortsklasse A (Erfurt), der 1,09 Mk. beträgt, wird von dieser Verringerung nicht berührt.

Die Tarifmindestlöhne für Sattler in Handwerksbetrieben sind ebenfalls festgelegt und liegen in den Ortsklassen jeweils 10 Proz. niedriger.

Lübeck. Vom 7. März 1931 bis 30. September 1931 wurde der Sacharbeiterlohn auf 1,09 Mk. festgesetzt.

Streiks und Aussperrungen.

In den Orten Hameln, Kaiserlautern und Rabenau stehen in einzelnen Betrieben die Kollegen im Streik oder sind ausgesperrt.

In der bayerischen Metallindustrie haben die Unternehmer am 10. März 1931 ausgesperrt, da ihnen der Lohnabbauschiedspruch zu niedrig war. Beteiligt sind in Nürnberg 40 Kollegen.

In Alzenau sind am Streik der Mineralölwerke Rößig zwei Kollegen beteiligt. Die betreffenden Betriebe sind gesperrt.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Februar 1931.

Die Arbeitslosigkeit hat auch im Februar eine weitere Steigerung erfahren. Nach den bisherigen Ziffern, die nach Feststellungen der Arbeitsämter vorliegen, betrug die Zahl der Arbeitslosen im Reich am 15. Februar 4 991 000. Gegenüber dem Vormonat ein Mehr von 104 100 oder eine Steigerung von 2,1 Proz., denn Ende des Monats Januar 1931 wurden 4 887 000 Arbeitslose gezählt. Von 3 463 000 Hauptunterstützungsempfängern entfielen 2 602 000 auf die Arbeitslosenunterstützung und 861 618 auf die Krisenunterstützung. Gegenüber dem Vorjahr zur gleichen Zeit ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 878 000 oder gleich 34 Proz. gestiegen. Bei Drucklegung unserer Zeitung waren die Zahlen der Arbeitslosen Ende Februar noch nicht bekannt, wir mußten uns deshalb auf die Angaben, die von Mitte Februar 1931 vorliegen, beziehen.

Die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands ist zum ersten Male seit der aufsteigenden Linie vom April vorigen Jahres ein wenig zurückgegangen. Sie beträgt 50,3 Proz., gegen 50,9 im Vormonat. Die Zahl der männlichen Erwerbslosen beträgt 11 056 gleich 53,4 Proz., die der weiblichen Erwerbslosen beträgt 1719 gleich 36,9 Proz. Insgesamt waren 12 775 Verbandsmitglieder erwerbslos. Rechnet man die Zahlen der einzelnen Kurzarbeitsgruppen um in Vollarbeit, so ergibt sich, daß im Februar auf 100 Verbandsmitglieder 56,8 Vollerwerbslose kommen, denen 43,2 Proz. Vollarbeiter gegenüberstehen.

Auf die einzelnen Gauen verteilen sich die Erwerbslosen und Kurzarbeiter wie folgt.

Gau	Anzahl erwerbslos	Anzahl Kurzarbeiter	Dieselben hatten letzten Mitglieder		Daneben waren erwerbslos		Prozent	Anzahl Kurzarbeiter	Anzahl Erwerbslose	Wird be- rührt, haben	
			m.	w.	m.	w.				m.	w.
Ostgau	40	6047	856	3043	291	3334	18,3	411	3	45	6
Nordgau	22	2466	308	1511	158	1669	30,2	439	4	57	4
Mitteldeutschl. Freistaat	30	1386	399	782	93	875	49,0	213	3	268	10
Sachsen	18	2784	618	1653	217	1870	55,0	251	—	—	—
Bayern	10	1813	611	819	318	1132	58,8	196	1	5	—
Süd-Westl. Rheinland	21	4686	1452	2261	515	2776	15,2	295	3	178	43
Westfalen	21	2035	414	987	132	1119	45,7	165	4	77	16
Gesamtwerb.	162	20717	4658	10961	1719	12775	50,3	1970	18	690	79

Berkürzt arbeiteten 3902 männliche und 1213 weibliche, zusammen 5115 Verbandsmitglieder, gleich 20,2 Proz., gegen 21,7 Proz. Ende Januar.

	Männl.			Weibl.			Gesamt		
	1 bis 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden	1 bis 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden	1 bis 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden
1 bis 8 Stunden	890	286	1176	4,1	3,6	4,6			
9 bis 16 Stunden	1100	281	1381	4,9	5,7	5,5			
17 bis 24 Stunden	1625	562	2187	9,6	10,7	9,6			
25 u. mehr Stunden	287	64	351	0,8	2,2	1,5			
Insgesamt	3902	1213	5115	19,4	22,2	20,2			

Verantwortlicher Redakteur: Bruno Engel, Berlin. Verlag: F. Gerdhardt, Berlin. Druck: Kommoden Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Hindenburgstr. 4.

Die Leipziger Messe,

die am 7. März ihre Frühjahrsvorstellung schloß, hat in der Vor- und Nachkriegszeit einen händigen Aufschwung genommen. Die Anzahl der Aussteller hat gegenüber der Jahrhundertweide um das Zehnfache sich vermehrt und in den letzten Jahren waren durchschnittlich 10 000 Aussteller auf der Messe vertreten. Auch die ausländischen Aussteller nahmen in den letzten Jahren immer mehr zu. Durch die rührige Werbung der Veranstalter kam mit der Zeit die Angliederung der verschiedensten Fabrikationsbranchen zustande, so die Bureaubedarfsmesse, die Edelmetall-, Uhren- und Schmuckwarenmesse, die Messe für Textil-, für Lederwaren, für Holz- und Postermöbel und nicht zuletzt die technische Messe, die auch der Frühjahrsvorstellung ihr besonderes Gepräge gab. Ganz abgesehen von dem freudigen Zustand, der jeder Leipziger Messe — ob in guter oder schlechter Zeit — von dem fürsorglichen Messamt bereitet wird, scheinen doch die ersten Meldungen weit über das Ziel geschossen zu sein. Denn, daß „das Geschäft in den meisten Fällen die gehegten Erwartungen übertrifft“, ist wohl mehr als Reflema zu werten und steht nicht mit den realen Tatsachen in Einklang. Am Ende der Frühjahrsmesse sind wohl auch nüchterne Beurteilungen über das Geschäft — durch den Abschluß der einzelnen Branchen — in die Öffentlichkeit gedrungen. Mag sein, daß für Neuheiten bei den verschiedenen Artikeln Nachfrage vorhanden war, denn der Bedarf ist sicher nicht in Abrede zu stellen. So besonders die Nachfrage nach Textilien, für Möbel und dergleichen. In der Lederwarenindustrie waren gleichfalls Neuigkeiten zu sehen. Auch war die inländische Lederwarenindustrie stark vertreten. Neue Roben in Handtaschen, aber der Not der Zeit entsprechend war die Mittel- und Stapelmare vorherrschend. Kleine Aufträge kamen zustande — wenn man den Angaben Glauben schenken darf. Von einer Anturbelung des Geschäftes kann bei dem Umlauf wohl nicht gesprochen werden — obwohl die Aufträge für Ostern nicht erst auf der Leipziger Messe aufgegeben wurden, denn dies wäre termingemäß schon etwas spät. Auch hier rächt sich also die Maßnahme der Wirtschaftsführer, die durch Lohnsenkung glaubten, das Instrument der Wirtschaftsanurbelung entdeckt zu haben. Nur allzu bekannt ist, daß durch die Lohnsenkung die Kaufkraft der Bevölkerung noch weiter geschwächt wurde.

Eine unbekannte Sehenswürdigkeit Berlins.

AbOB. Die großen Katastrophen des vergangenen Jahres, von denen hauptsächlich die Bergwerksunglücke das allgemeine Interesse erregten, haben die öffentliche Meinung stark beschäftigt. Ganz von selbst wächst daher auch das Interesse an der Verhütung von Arbeitsunfällen. Es ist charakteristisch, daß in Deutschland in solchen Fällen stets nach neuen Polizeivorschriften und staatlicher Aufsicht geschrien wird, während die viel näherliegende und mehr Erfolg versprechende Erziehungsarbeit zur Unfallverhütung weniger beachtet wird. Derartige Erziehungsarbeit zur Unfallverhütung muß aber beim einzelnen schon in der Jugend beginnen. In Berlin ist hierzu ausgezeichnete Gelegenheit gegeben: das hochinteressante Arbeitsschulmuseum, Charlottenburg, Frauenhofer Straße 11/12, steht jedermann, insbesondere natürlich Schulen, Berufs- und Fortbildungsschulen und dergl., stets zur Besichtigung offen. Ein ganzes Bergwerk mit allen seinen Sicherheitseinrichtungen ist außer zahllosen Maschinen, die größtenteils im Betrieb vorgeführt werden, dort eingebaut. Sachverständige Führungen, Filmvorführungen und Vorträge vermitteln das notwendige Verständnis auch für den Laien. Es wäre sehr zu wünschen, wenn nicht nur die Berliner, sondern auch alle nach Berlin reisenden Fremden, die zu den zahllosen Konferenzen, geschäftlichen Besprechungen und Versammlungen zeitweise in der Reichshauptstadt weilen, diese Gelegenheit zur nutzbringenden Erweiterung ihrer Kenntnisse ausnützten.

Ermäßigte Preise.

Alle wanderlustigen Gewerkschaftsmitglieder werden an einem Beschluß der letzten Reichsversammlung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ über Vergünstigungen für die Mitglieder der freien Gewerkschaften interessiert sein. Der Beschluß besagt, „daß die Mitglieder der Zentralkommission für Arbeitertransport und Körperpflege, sowie die Mitglieder der freien Gewerkschaften auf den Naturfreundehäusern gegenüber den Nichtmitgliedern Preisermäßigung erhalten.“ Gewerkschafter, die Ferienwanderungen unternehmen, sollten darum in erster Linie die Benutzung der in allen Teilen Deutschlands und Oesterreichs vorhandenen Naturfreundehäuser in Betracht ziehen.

Genossenschaftswesen

Umsahzergebnisse der Konsumgenossenschaften im Jahre 1930. Nach dem bis jetzt vorliegenden Ergebnis der Erhebung über die Entwicklung des Konsumgenossenschaftlichen Umsatzes in den Gebieten der zehn Revisionsverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in der Gestaltung des Umsatzes der Konsumgenossenschaften bis zur Mitte des Jahres 1930 schon recht deutlich erkennbar geworden. Die Verringerung des Einkommens breiter Volksschichten mußte selbstverständlich auch einen starken Kaufkraftausfall in den Kreisen der Konsumgenossenschaftsmitglieder hervorrufen. Zwar sorgte die Anziehungskraft der Konsumgenossenschaften dafür, daß durch die Erweiterung des Mitgliederkreises ein gewisser Ausgleich für die innerhalb des Konsumgenossenschaftlichen Verbraucherkreises eingetretene Kaufkraftschwächung herbeigeführt wurde. Aber die Auswirkungen der Wirtschaftskrise konnten auf die Konsumgenossenschaftliche Umsatzentwicklung trotzdem nicht ohne Einfluß bleiben.

Die aus den Revisionsverbandsbezirken eingegangenen Umsahmeldungen umfassen mit wenigen Ausnahmen die Ergebnisse der Verbandsgenossenschaften für das am 30. Juni 1930 abgeschlossene Betriebsjahr 1929/30. Nach diesen Meldungen betrug der Umsatz der dem Zentralverband angeschlossenen deutschen Konsumgenossenschaften im Berichtsjahr 1930 rund 1.240 Milliarden Mark. Da sich der auf der gleichen Grundlage errechnete Umsatz des Vorjahres auf 1.176 Milliarden Mark stellte, beträgt die Umsaherhöhung 64 Millionen Mark oder 5,4 Proz. Das Vorjahr brachte noch eine Umsahvermehrung um 130 Millionen Mark oder 12,5 Proz. Die Umsahentwicklung hat sich also recht erheblich verlangsamt. Dennoch darf das festgestellte Ergebnis in Anbetracht der ungünstigen Wirtschaftslage als befriedigend bezeichnet werden.

Das Berichtsjahr 1931 — das die Zeit vom 1. Juli 1930 bis zum 30. Juni 1931 umfaßt — wird schon aus dem Grunde eine noch stärkere Beeinträchtigung der Konsumgenossenschaftlichen Umsatzentwicklung bringen, weil sich in diesem Zeitraum die Auswirkung der umfangreicheren Preislenkung für viele Bedarfsgüter in der Umsahgestaltung offenbaren wird. Gelingt es den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes, im laufenden Jahre den letztjährigen Umsatz auch nur annähernd zu halten, so werden sie sich eines großen Erfolges rühmen dürfen.

Bücherschau

„34. Heft zum Selbststudium“ Trautischer Wegweiser für Verbandsleiter. Dritte Auflage von Gebreder & Co. Preis: Bei Vereinerwerb des Betrages 1,20 Mk., per Nachnahme 2,20 Mk. Zu beziehen durch den Vertriebsorg des Verfassers Gebreder & Co. in Hildesheim (Nied.). Buchhändler: L. Volkshausverlag Essen 16 953. Es handelt sich hier um ein Werkchen, das jedem Vorlesenden in der Handhabung der Vereinerstände und der fortgesetzten Vereinerleitung gute Dienste leisten wird. Mehrere Verbände haben bereits ihre sämtlichen Vorlesenden damit ausgestattet.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 16. März bis 22. März ist der 12. Wochenbeitrag 1931 fällig.

Pflichtliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Veranstaltungskalender

Chemnitz. Sonnabend, den 21. März, abends 1/2 8 Uhr, findet im Schillerhof unsere nächste Monatsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Unsere künftige Neugestaltung der Ortsverwaltung; 2. Neuwahlen; 3. Gewerkschaftliches. Es ist Pflicht aller Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung: H. Schulze.

Wuppertal. Freitag, den 20. März, abends 8 Uhr, Vollversammlung im Gewerkschaftshaus. Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

Sterbetafel

Niederschlesien. Am 7. März verchied im jugendlichen Alter von 20 Jahren unser Kollege Willy Eitel an Gehirnrippe. Ehre seinem Andenken!